



IHK Schwerin



ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT STÄRKEN
DIE ZEIT DES ZÖGERNS IST VORBEI

POSITIONSPAPIER DES ARBEITSKREISES
ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

WERTSCHÖPFUNG VOR ORT SICHERN

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT JETZT STÄRKEN

Die norddeutsche Ernährungswirtschaft befindet sich an einem kritischen Scheideweg. Als eine der wachstumsstärksten Branchen des verarbeitenden Gewerbes in der Region hat sie über Jahre hinweg stabile, integrierte Wertschöpfungsketten aufgebaut – von der landwirtschaftlichen Urproduktion über die Verarbeitung und Logistik bis hin zum Handel. Damit diese Strukturen erhalten und weiterentwickelt werden können, braucht es jetzt entschlossene politische und wirtschaftspolitische Impulse.

Wirtschaft stabilisieren

Rund ein Drittel der gesamten Umsätze der Ernährungswirtschaft in Deutschland wird in Norddeutschland erwirtschaftet – ein klarer Beweis für die Systemrelevanz dieser Industrie. Doch die Branche steht unter massivem Druck: Hohe Rohstoff- und Energiekosten, zunehmender Fachkräftemangel, konjunkturelle Unsicherheit und eine überbordende Bürokratie belasten insbesondere mittelständische Unternehmen. Die Folge sind Investitionszurückhaltung, Kostendruck, Personalabbau und eine steigende Zahl an Betriebsaufgaben. Die Politik ist gefordert, strukturelle Voraussetzungen für unternehmerischen Erfolg zu schaffen – nicht für Stillstand oder Rückzug zu sorgen.

Mehr Verlässlichkeit und Effizienz in der Verwaltung

Ein funktionierender Staat ist auf eine leistungsfähige Verwaltung angewiesen. Doch viele Unternehmen erleben eine wachsende Ineffizienz auf kommunaler und Landesebene. Der IHK-Arbeitskreis fordert daher: Verwaltung muss verlässlich und erreichbar sein. Direkte Kommunikation und zügige Arbeitsprozesse müssen unabhängig von der internen Arbeitsorganisation durchgängig gewährleistet werden. Homeoffice in der Verwaltung muss abgeschafft werden, wenn die Arbeitsprozesse nicht durchgängig garantiert sind.

Digitalisierung konsequent vorantreiben

Digitale Verfahren müssen flächendeckend, einheitlich und medienbruchfrei gestaltet werden. Die Bereiche Steuern, Wirtschaftsförderungen und Genehmigungsverfahren sind für die Wirtschaft wesentliche Bereiche. Jede Art von Insellösungen ist zu vermeiden.

STATEMENTS DER WIRTSCHAFT



„Die Einflussnahme der Politik auf den Mindestlohn untergräbt die Unabhängigkeit der Tarifpartner und erschwert die langfristige Planung für Unternehmen. Es ist wichtig, ein angemessenes Lohnniveau zu schaffen, das die Wettbewerbsfähigkeit sichert. Anstatt den Mindestlohn pauschal anzuheben, sollte man erwägen, ihn an Qualifikationen oder Berufsabschlüsse zu koppeln. Es muss außerdem der Mindestlohn von der sozial- und versicherungsfreien Beschäftigung der Saisonarbeitskräfte getrennt werden. Erst das fördert faire und nachhaltige Arbeitsbedingungen.“

Armin Kremer, Mecklenburger Landpute GmbH, Severin, www.landpute.de

„Überflüssige Dokumentationspflichten rauben Zeit und Energie, ohne echten Nutzen zu bringen. Gesetze und Vorschriften auf EU-, Bundes- und Landesebene müssen klar, sinnvoll und praxistauglich sein. Statt mehr Papier und Tippaufgaben braucht es einfache Abläufe, digitale Lösungen und eine frühzeitige Prüfung der Folgen neuer Vorgaben. Nur so bleibt Raum für das Wesentliche: effizientes und nachhaltiges Arbeiten, unternehmerischen Erfolg und wirtschaftlichen Fortschritt.“

Catharina Haenning, Landmolkerei Hagenow GmbH, Hagenow, www.landmolkerei-hagenow.de



„Für einen fairen Wettbewerb sind einheitliche Regeln innerhalb der Europäischen Union unerlässlich. Nationale Alleingänge, beispielsweise bei Umwelt-, Hygiene- oder Arbeitsgesetzen, verzerren den Wettbewerb und gefährden Arbeitsplätze. Gesetze, die die produzierende Industrie betreffen, sollten grundsätzlich technologieoffen gestaltet sein. Wenn bestimmte Technologien vorgeschrieben werden, geschieht dies oft aus wirtschaftlichen Interessen einzelner Marktteilnehmer. Durch exzellenten Lobbyismus werden politische Ziele gestaltet. Dies kann zur Einschränkung von Wettbewerb und Innovation führen sowie die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen stark negativ beeinflussen. Solche Eingriffe führen häufig dazu, dass Unternehmen abwandern oder ihre Geschäfte aufgeben.“

Kai Wassermann, Norddeutsche Kaffeewerke GmbH, Upahl, www.ndkw.de

RAHMENBEDINGUNGEN

VERLÄSSLICH GESTALTEN

Die IHK zu Schwerin fordert aufgrund der Diskussion und Empfehlung des IHK-Arbeitskreises Ernährungswirtschaft eine grundsätzliche Neuausrichtung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die gewerbliche Wirtschaft:

01

MINDESTLOHN KRITISCH PRÜFEN

Die politische Einflussnahme auf den Mindestlohn gefährdet die Autonomie der Tarifkommission und erschwert Planungssicherheit für Unternehmen. Wichtig ist ein realistisches Lohngefüge, das die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere in ländlichen Räumen berücksichtigt. Nach Ansicht des IHK-Arbeitskreises Ernährungswirtschaft werde eine Anpassung des Mindestlohns zahlreiche Betriebe erheblich mit weiteren Mehrkosten belasten, wenn die innerbetrieblichen Lohnabstandsgebote auch künftig beachtet werden. Statt pauschaler Anpassungen durch die Mindestlohnkommission wäre ein an den Berufsabschluss oder an die Qualifikation in den zu besetzenden Bereichen gekoppelter Mindestlohn anzudenken. Der Mindestlohn muss von der sozial- und versicherungsfreien Beschäftigung der Saisonarbeitskräfte abgekoppelt werden.

Existierende und geplante rechtliche Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene – Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen – müssen kritisch hinterfragt werden. Rufen diese relevante Kosten und Verwaltungsaufwand bei Institutionen und Unternehmen hervor, so müssen diese unter dem Gesichtspunkt der Kosten-/Nutzen-Rechnung zur eigentlichen Zielstellung der Regelung angepasst werden. Eine schlanke und effiziente Verwaltung darf kein Widerspruch sein. Mehr Digitalisierung und ein geringerer Aufwand auf Seiten der Verwaltung und auch der antragstellenden Unternehmen muss das künftige Ziel sein. Zudem muss sich der Gesetzgeber zu einem Verschlechterungsverbot verpflichten, d.h. ein neues Gesetz darf keiner zusätzlichen Ressourcen bedürfen.

Unnötige und teils redundante Dokumentationspflichten – etwa in der Lebensmittelüberwachung, der EUDR-Entwaldungsverordnung und vielen anderen Wirtschaftsbereichen – müssen abgeschafft werden. Darüber hinaus erwartet die Wirtschaft eine frühzeitige und umfassende Gesetzesfolgeabschätzung der Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf die Verwaltung. Unternehmen brauchen endlich mehr Freiräume für Innovation und Effizienz statt wachsender Kontrolllasten.

03

MITTELSTAND GEZIELT FÖRDERN

Die aktuelle Förderpraxis verfehlt in vielen Fällen die Bedürfnisse mittelständischer Unternehmen. Es braucht praxisnahe, unbürokratische Förderprogramme, die Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern in Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit entlang der erforderlichen Wertschöpfungskette gezielt anstoßen und planungssicher gestalten. Schnelle Genehmigungen sind eine wesentliche Grundlage für Investitionen der Unternehmen vor Ort.

Faire Wettbewerbsbedingungen sind nur durch harmonisierte Regeln innerhalb der EU möglich. Nationale Alleingänge – etwa bei Umwelt-, Hygiene- oder Arbeitsrecht – verzerren den Wettbewerb und gefährden Arbeitsplätze. Eine verbindliche Koordinierung auf europäischer Ebene ist zwingend erforderlich. Gesetze, die das produzierende Gewerbe direkt betreffen, müssen generell technologieoffen gestaltet werden. Die Festlegung auf bestimmte Technologien folgt oft der Interessenpolitik einiger Marktteilnehmer und schränkt in jedem Fall Innovation und Leistungsfähigkeit europäischer Unternehmen ein. Eingriffe wie diese haben oft konsequente Abwanderung oder die Geschäftsaufgabe von Unternehmen zur Folge.

02

BÜROKRATIEABBAU ENDLICH UMSETZEN

04

GLEICHE WETTBEWERBS- BEDINGUNGEN IN DER EU SICHERSTELLEN

Um eine ausgewogene Debatte zu Fragen der Ästhetik und der Gesundheitswirkung des Infrastrukturausbaus zu erreichen, sollte eine Informationskampagne die wissenschaftlichen Fakten sachlich und leicht verständlich aufbereiten. Der Nutzen und die Anwendungsmöglichkeiten der Technologie sollten dabei veranschaulicht, vorhandene Bedenken ziel- und lösungsorientiert aufgegriffen werden. Für die Kommunen sollte ein Informationspaket erarbeitet werden, um mit den Bürgern vor Ort in die aktive Kommunikation zu gehen. Über gezielte Information der Immobilienwirtschaft könnte beispielsweise der Mobilfunkempfang in Gebäuden positiv beeinflusst werden.

ZUKUNFT JETZT GESTALTEN STANDORT SICHERN

Die Politik muss jetzt handeln, damit die Region ein starker Standort für die Ernährungswirtschaft bleibt. Ohne bessere Rahmenbedingungen droht ein weiterer Rückzug der Branche aus der Region. Politik und Verwaltung müssen die dramatische Lage erkennen, die realistische wirtschaftliche Lage anerkennen und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen.

Die Unternehmen stehen vor erheblichen Herausforderungen, darunter hohe Lohn-, Rohstoff- und Energiekosten, Fachkräftemangel und überbordende Bürokratie. Die Branche ist systemrelevant und benötigt dringend politische Unterstützung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die Forderungen nach gezielter Investitionsförderung für den Mittelstand, fairen Wettbewerbsbedingungen in der EU und einer kritischen Überprüfung der Mindestlohnpolitik sind essenziell. Zudem ist ein Abbau von Bürokratie und eine effizientere Verwaltung notwendig, um Unternehmen und die öffentliche Hand zu entlasten.

Die Politik steht in der Verantwortung, die Weichen für eine zukunftsfähige und stabile Ernährungswirtschaft zu stellen. Nur durch entschlossenes Handeln kann die Wettbewerbsfähigkeit und die Wertschöpfung vor Ort langfristig gesichert werden. Die Zeit des Zögerns ist vorbei – jetzt ist der Moment, aktiv zu werden und die Herausforderungen anzugehen.

Weitere Informationen zu Norddeutschlands Ernährungswirtschaft finden Sie auf unserer Internetseite.



© IHK zu Schwerin, Juli 2025

Industrie- und Handelskammer zu Schwerin | Graf-Schack-Allee 12 | 19053 Schwerin

Telefon: 0385 5103-0 | Telefax: 0385 5103-999 | E-Mail: info@schwerin.ihk.de

Ansprechpartner: Henner Willnow | Telefon: 0385 5103-312 | E-Mail: willnow@schwerin.ihk.de

www.ihk.de/schwerin